

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abendausgabe: Die Abendausgabe des Anzeigers für das Erzgebirge erscheint täglich um 6 Uhr abends. Preis 10 Pf. (Postgebühren abgesehen).  
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind nach dem Raum und der Zeit zu berechnen. Der Raum ist in 10 Zeilen von 10 Buchstaben breit zu rechnen. Die Zeit ist in Tagen zu rechnen. Der Preis für eine Zeile in der ersten Spalte beträgt 10 Pf. in der zweiten 8 Pf. in der dritten 6 Pf. in der vierten 4 Pf. in der fünften 3 Pf. in der sechsten 2 Pf. in der siebten 1 Pf. in der achten 1 Pf. in der neunten 1 Pf. in der zehnten 1 Pf. Die Preise für die anderen Spalten sind entsprechend zu berechnen.

Abendausgabe: Die Abendausgabe des Anzeigers für das Erzgebirge erscheint täglich um 6 Uhr abends. Preis 10 Pf. (Postgebühren abgesehen).  
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind nach dem Raum und der Zeit zu berechnen. Der Raum ist in 10 Zeilen von 10 Buchstaben breit zu rechnen. Die Zeit ist in Tagen zu rechnen. Der Preis für eine Zeile in der ersten Spalte beträgt 10 Pf. in der zweiten 8 Pf. in der dritten 6 Pf. in der vierten 4 Pf. in der fünften 3 Pf. in der sechsten 2 Pf. in der siebten 1 Pf. in der achten 1 Pf. in der neunten 1 Pf. in der zehnten 1 Pf. Die Preise für die anderen Spalten sind entsprechend zu berechnen.

Nr. 290

Donnerstag, den 14. Dezember 1922

17. Jahrgang

### Poincarés Wandlung.

Mit einem Gemisch von Staunen und Zweifel wird die Welt die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Poincaré zur Kenntnis nehmen, daß er niemals an eine Ruhrbesetzung gedacht habe und daß alle Veröffentlichungen über eine angebliche Wälscht Frankreich zu militärischen Aktionen gegen Deutschland auf Phantasie beruhten. Diese Wandlung in der Haltung Poincarés wird noch besonders reichlich unterstrichen durch die französischen Pressevertreter an amtlicher Stelle zu dem gewöhnlichen Erklärungen, bisher habe überhaupt keine französische Regierung im Ernst an die Besetzung des Ruhrgebietes gedacht.

Daß es mit dieser Umschwung in der Haltung des französischen Ministerpräsidenten ernst ist, wenigstens für den Augenblick, daran kann nicht gezweifelt werden. Er ist das Ergebnis der Rücksprache, die Poincaré mit dem Präsidenten der Republik auf Grund der aus London eingebrachten Erfahrungen gehabt hat und er wird von der französischen Presse in ausführlichen Kommentaren unterstützt und erläutert. Der Hinweis auf die schädlichen Wirkungen einer Gewalttätigkeit auf die Beziehungen zu den übrigen Mächten steht in allen diesen Pressekommentaren wieder, die auf direkten Informationen des Ministerpräsidenten beruhen, und dieser hat mit besonderem Nachdruck erklärt, daß die Sicherungen, an die er denke, keine militärische Aktion erfordern würden. Es ist natürlich notwendig, daß die Propaganda Poincarés neben die starke Negation der von ihm wie von seinem Vorgänger Briand so unbefangenen und leidenschaftlich verfolgten Politik des Scheiterns und des Scheiterns zu verweisen. Denn die Stellung Poincarés ist durch das Ergebnis von London einer starken Erschütterung ausgesetzt, und die schwere Enttäuschung, die dieses Ergebnis im Lande ausgelöst hat, wird sich ohne Zweifel in der nächsten Zukunft politisch auswirken. Ob diese Wirkung allerdings so stark sein wird, daß sie die Position Poincarés ernsthaft gefährdet, mag dahingestellt bleiben. Vom deutschen Standpunkt aus wäre das, trotz der Erfahrungen, die wir mit Herrn Poincaré gemacht haben, vielleicht nicht einmal wünschenswert, denn der Kurs, den etwa Herr Douhaeur als Poincarés Nachfolger einschlagen würde, dürfte trotz voraussichtlich nach außen hin gemäßigterer Formen im Grunde nicht auf eine abgemilderte, sondern auf eine verschärfte Politik des Druckes gegen Deutschland hinauslaufen.

Poincaré bestreitet also, mit dem Gedanken an die Ruhrbesetzung nach London gegangen zu sein, trotzdem die Pariser Presse als Opfer zu seiner Reise bereits Karten des okkupierten Gebietes mit besonderer Kennzeichnung der Städte Bochum und Essen gebracht hat. Tadel nimmt er als positive Erfolge seines Londoner Auftretens in Anspruch, daß es ihm gelungen sei, England zum Verzicht auf die Walfour-Note über die interalliierten Schulden zu veranlassen, und daß in der Regelung dieser Kriegsschuldenfrage wesentliche Fortschritte gemacht worden seien, sowie daß er das Recht Frankreichs zur selbständigen Aktion in der Frage der Garantien gewahrt und verhandelt habe. Von diesen Erfolgen trifft so viel zu, daß in London tatsächlich ein Plan des Ausgleichs der interalliierten europäischen Schulden ausgearbeitet worden ist, von dem man sich nach Erklärungen des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini ein befriedigendes Übereinkommen verspricht. Diesen Plan soll die Ende Dezember nach Amerika reisende Kommission englischer Finanzfachverständlicher unter Führung des Ministers Baldwin mitnehmen und versuchen, auch die Schuldenverpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber in seine Ausgleichsabsichten einzubeziehen. Die Behauptung Poincarés dagegen, daß er den Verzicht Englands auf die Walfour-Note erreicht habe, dürfte den Tatsachen kaum entsprechen. Er hat diese Äußerung offenbar ohne Kenntnis der letzten Verhandlungen Bonar Law's getan, denn dieser hat sich über die Walfour-Note mit außerordentlich vorsichtig gewählten Worten ausgedrückt, aus denen hervorgeht, daß England zu einer Herabsetzung der französischen Verpflichtungen nur dann bereit sei, wenn eine Verständigung der Alliierten über das gesamte Reparationsproblem und als Wirkung dieser Verständigung die Verzichtung Europas erreicht wird. Diese Auffassung hat Bonar Law neuerdings im Unterhause bekräftigt, und unter ihrem Eindruck kommentiert bereits ein Teil der französischen Presse Poincarés Behauptung von seinen Folgen.

Der Umschwung, der sich in der Politik Poincarés andeutet, wird deutlicher werden, wenn der französische Ministerpräsident, wie er beabsichtigt, am Freitag vor der Kammer sprechen wird. Es ist anzunehmen, daß er trotzdem einen starken parlamentarischen Rückhalt behalten wird. Gleichwohl aber ist die Verhängung des

Schicks, die sich jetzt in Paris vollzieht, von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung, die die Dinge bis zum 2. Januar nehmen sollen. Es ist daher sehr wertvoll, daß der Vertreter der deutschen Interessen in London, Staatssekretär a. D. Bergmann, auf der Rückkehr nach Berlin in Paris Aufenthalt nehmen wird. Auch wenn dadurch die Möglichkeit fehlen sollte, den deutschen Reichstag noch vor der Jahreswende über den Stand der Dinge zu unterrichten, so darf man doch hoffen, daß der Wille der deutschen Regierung zu aktivem Mitwirken an der Gestaltung der nächsten Entwicklung den Boden, der sich ihm bietet, fruchtbringend zu bearbeiten versteht und vermag.

### Die wahren Absichten der französischen Imperialisten.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erlesenz sprach am vergangenen Sonntag in einer demokratischen Versammlung in Koblenz über die politische Lage und die Rheinlandfrage. Für Deutschland sei jetzt die Stunde gekommen, erklärte er, mit den alliierten Regierungen klar und offen über die Herabsetzung der Kriegsschadigungen zu reden. Die Regierung werde den Alliierten erklären müssen, daß sie entweder eine der deutschen Leistungsfähigkeit entsprechende Herabsetzung genehmigen oder aber sich damit abfinden müssen, daß sie infolge der zwangsläufig erfolgenden restlosen Fortsetzung der deutschen Wirtschaftskraft überhaupt nicht mit Realisierung ihrer Forderungen rechnen könnten. Jeder seien in Frankreich Kräfte am Werk, die zu agitatorischen Zwecken die offenen Wunden Frankreichs nicht zur Heilung kommen lassen wollen. Charakteristisch dafür sei die kürzlich erfolgte Äußerung eines heute maßgebenden Staatsmannes Frankreichs, der in der nächsten Zeit noch eine wichtige Rolle spielen und dessen Name zu gegebener Stunde der Öffentlichkeit bekannt gegeben werde. Diese Äußerung laute: „Ich lehne es ab, unsere Diplomatie von unseren Finanzen abhängig zu machen. Ich weiß, daß eine sekundäre Wunde nicht tödlich ist. Wir gehen ganz einfach der dauernden Besetzung des linken Rheinufers entgegen. Ich fühle mich dabei sehr wohl. Wir würde es weh tun, wenn Deutschland zahlte. Dann müßten wir das Rheinland räumen, und so würden wir dem Nutzen unserer Experimente verlieren, die wir unternehmen, um friedlich, aber mit den Waffen in der Hand, die Bevölkerung am Ufer des Grenzflusses zu erobern. Galt es für besser, das Geld einzulassen oder neues Gebiet zu erobern? Ich selbst lehne die Besetzung und die Eroberung dem Geld einstreichen und der Reparation vor. Daher werden Sie es verstehen, warum wir eine starke Armee, einen wachen Patriotismus brauchen, und das einzige Mittel, den Versailler Vertrag zu retten, darin besteht, es so einzurichten, daß unsere Gegner, die Besten, ihn nicht halten können. Wenn Deutschland die in Versailles eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, wäre es um die Macht unserer Armee getan. Dann müßte abgerüstet werden.“ Die Versammlung nahm von dieser Äußerung mit höchster Entrüstung Kenntnis und sagte unter dem Eindruck der dem Rheinland drohenden Gefahr einstimmig eine Protestentscheidung.

### Englands Antwort an den deutschen Reichskanzler.

Englands Antwort an den deutschen Reichskanzler. Wie berichtet wird, ist die Antwort des englischen Ministerpräsidenten auf den Brief des Reichskanzlers Luno in Berlin eingetroffen. Die Erwiderung, die nur verhältnismäßig kurz ist, befaßt im allgemeinen, daß die von Deutschland gemachten Vorschläge unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht geeignet seien, eine Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen.

Garantien durch die deutsche Industrie. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß neuerdings eine Fühlungnahme zwischen der englischen und der deutschen Regierung über die Frage der Anleihe stattgefunden habe. Die Initiative dazu soll von der englischen Regierung ausgegangen sein, die dem Wunsch Ausdruck gegeben habe, von der Reichsregierung darüber unterrichtet zu werden, ob die deutsche Industrie unter Umständen geneigt sei, eine Anleihe zu garantieren, und wenn das der Fall ist, unter welchen Bedingungen.

Amerika von der deutschen Note bekräftigt. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, falls Frankreichs Besetzung des Ruhrgebietes beginnen und Großbritannien dies protestierend zulassen sollte, werde sich die Stimme Amerikas energisch gegen diese Sanktion erheben, die als zu schädlich für den Weltmarkt angesehen werde. In sehr maßgebenden amerikanischen Kreisen sei die von den alliierten Staatsmännern verworfene deutsche Note vor Unterbreitung geprüft und als angelegene Grundlage für Verhandlungen angesehen worden.

Poincaré droht weiter. Poincaré gab gestern einigen Journalisten Erklärungen über die Londoner Verhandlungen, aus denen folgender Satz hervorgehoben ist: Die Zeit der leeren Drohungen ist vorbei, wir sind entschlossen zu handeln, und selbst wenn die Reparationskommission ein neues Memorandum für Deutschland beschärfen würde.

### Die Lasten der Militärkontrolle.

Die Verwaltungsbehörde der Interalliierten Militärkontrollkommission hat der deutschen Regierung ihre Kostenrechnung für den Monat Dezember in der Höhe von über 100 Millionen Papiermark überreicht. Bereinigungsgemäß werden die Kosten der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission eingebracht in den allgemeinen jährlichen Besatzungskostenfonds von 200 Goldmillionen, die durch Sachleistungen von Deutschland abzudecken sind. Da nach Auffassung der deutschen Regierung die Deckung der 200 Goldmillionen dieses Jahr bereits durch Sachleistungen überschritten ist, könnte die Dezemberrechnung der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission nicht ohne weiteres anerkannt werden. Sie konnte um so weniger anerkannt werden, da die Interalliierte Militär- und Marinekontrollkommission es noch wie vor ablehnt, eine Detaillierung ihrer Kostenrechnungen ausstellen. Eine solche würde aber dem deutschen Volke unter anderem vor Augen führen, daß sogar die Ausgaben für den von der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission gehaltenen Spionageapparat und die für Waffen- und andere Demunziationen an Deutsche gezahlten „Belohnungen“ von der deutschen Regierung zu tragen sind.

### Die Verlängerung der Arbeitszeit vor dem Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat wählte an Stelle des bisherigen ersten Stellvertretenden Vorsitzenden Adolf Cohen, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Velpard und begann die Beratung der Gesetzentwürfe über die Arbeitszeit der Angestellten. Nach dem vom sozialpolitischen Ausschuss mit vierzehn gegen zwölf Stimmen angenommenen Gutachten wird im allgemeinen die 48-Stundenwoche, ausschließlich der Pausen, gesetzlich festgelegt. Ueberarbeit kann, wenn eine vertragliche Vereinbarung nicht aufgefunden wird, von der zuständigen Schlichtungsbehörde bestimmt werden. In besonderen Fällen kann das Reichsarbeitsministerium ein besonderes Schiedsgericht einsetzen. Max Cohen erklärte sich als grundsätzlicher Gegner des Nacharbeitentages in der bisherigen Form. Allerdings sei im Augenblick die vom Ausschuss gefundene Lösung die beste. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei nicht das einzige Mittel zur Hebung der Produktion, aber zweifellos das, das am schnellsten wirke, und äußerste Schnelligkeit sei geboten. Allerdings müsse die Verlängerung aus der Einsicht der Arbeiter in die Not der Zeit herauskommen.

Dr. Habersbrunner (Arbeitgeber der Industrie): Das Gesetz müsse jedenfalls so elastisch ausgestaltet werden, daß es sich den Bedürfnissen der Wirtschaft anpassen könne. Zu diesem Zwecke müsse es neben den gesetzlich festgelegten Ausnahmen die Möglichkeit gewähren, durch behördliche Zustimmung, sowie durch tarifliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer diejenigen weiteren Befreiungen zu schaffen, die im Interesse der Allgemeinheit sich als notwendig erweisen. Partung (Freie Berufe): Der Mittelstand und der getriggerte Beruf seien zugrunde gerichtet, weil man bei der Revolution durch Verkürzung der Arbeitszeit glaubte, die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf stellen zu können. In acht Stunden läßt sich eben nicht so viel leisten, wie in neun und zehn Stunden. — Wilhelm Weckmann (Arbeitnehmervertreter des Handels): Die schnellste Bergabwärtsbewegung der Vorlage sei schon aus außenpolitischen Gründen notwendig. Es schmerz wird die Einigung durch die Absicht der Arbeitgeberkreise, die behördliche Regelung der Arbeitszeit vor die tarifliche zu stellen. Die Wehrleistung müsse freiwillig geschehen. — Urban (Arbeitnehmer des Handels) meinte, daß sich bei dem guten Willen der Arbeitnehmer der Nacharbeitentag reibungslos durchführen ließe, ohne Schädigung der Rentabilität der Betriebe. — Gieseler (Arbeitnehmervertreter der Industrie) führte aus, daß die nach Einführung des Nacharbeitentages eingetretene Produktionsrückgang wieder ausgeglichen sei. — v. Siemens (Arbeitgeber in der Industrie) stellte fest, daß das Zeitlängennach nicht als von maßgebender Bedeutung angesehen werden könne. Es komme vielmehr auf die Intensität und die ständige Auffassung der Arbeit an. Er bestreite nicht, daß es Betriebe gäbe,